

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

41. Jahrgang / 107

10. Juni 1986

Dr. Hermann Scheer MdB
zum Raketen-Vorhaben der
Bundesregierung: Bei einer
faustdicken Lüge ertappt.
Seite 1

Erich Wolfram MdB zum
Rücktritt von Dr. Fred
Sinowatz vom Amt des
Bundeskazlers der Repu-
blik Österreich: Größe und
Verantwortungsbewußtsein.
Seite 3

Sepp Klasen MdL zum
bayerischen Umgang mit
Petitionen: Wer sich bei
Strauß beschwert, kommt
schneller dran.
Seite 5

Inge Wettig-Danielmeier
MdL zum Tode von Elisa-
beth Selbert: Sie setzte
den Gleichberechtigungs-
Artikel im Grundgesetz
durch.
Seite 6

Bei einer faustdicken Lüge ertappt

Zum Raketen-Vorhaben der Bundesregierung

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bekanntgabe der Bundesregierung, daß sie eine konventionel-
le Rakete mit einer Reichweite von 400 km entwickle, ist ein
weiterer Offenbarungseid. Ein weiteres Mal ist die Bundesregie-
rung bei Rüstungsprojekten mit einer faustdicken Lüge ertappt
worden. Bei allen Debatten über Abrüstung und Rüstungskontrol-
le beschwört sie ihren entsprechenden Willen und versucht, die
besorgte Öffentlichkeit mit salbungsvollen Absichtserklärungen
zu besänftigen. Diejenigen, die ihre warnende Stimme vor neuen
Rüstungsrunden erheben, werden regelmäßig als nichtinformierte
Übertreiber hingestellt.

Aber ebenso regelmäßig stellt sich nach kurzer Zeit heraus, daß
keineswegs übertrieben wurde und die Bundesregierung die Öff-
entlichkeit kaltschnäuzig angelogen hat. So war es zum Beispiel

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt Umgang
mit wertvoller Rohstoffe
Recycling-Papier



bei der Debatte um die Neutronenwaffen; die Bundesregierung behauptete, es seien noch gar keine produziert - tatsächlich befanden sich bereits Komponenten davon in der Bundesrepublik.

Und so ist es bei der Entwicklung der neuen weitreichenden Rakete: Als 1984 die WEU-Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik aufgehoben wurden, die uns eine solche Raketenproduktion verbot, erklärte die Bundesregierung im Bundestag, sie wolle dennoch von der Aufhebung dieser Beschränkung keinen praktischen Gebrauch machen,

Und im Zusammenhang mit der FOFA-Debatte erklärte sie mehrfach, an weitreichende konventionelle Raketen sei dabei keineswegs gedacht. Die Öffentlichkeit war beruhigt, die Kritiker solcher Konzepte waren scheinbar eines Besseren belehrt. Wenn jetzt dennoch zugegeben werden muß, daß eine weitreichende Rakete entwickelt und damit eine neue Variante des konventionellen Rüstungswettlaufs angeheizt wird, dann offenbart die Bundesregierung, daß sie zuvor das Parlament und die Öffentlichkeit belogen hat.

Die Bundesregierung rüstet und behauptet das Gegenteil. Sie rüstet, ohne sich dabei erwischen lassen zu wollen. Sie hat jede Glaubwürdigkeit verloren. (-/10.7.1986/rs/ks)

* * *



Größe und Verantwortungsbewußtsein

Zum Rücktritt von Dr. Fred Sinowatz vom Amt des Bundeskanzlers der Republik Österreich

Von Erich Wolfram-MdB

Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-österreichischen Parlamentariergruppe

Nach dem klaren Wahlsieg des ÖVP-Kandidaten Dr. Waldheim bei der Bundespräsidentenwahl am letzten Sonntag ist die österreichische Politik in Bewegung gekommen.

Noch bevor der neugewählte Bundespräsident sein Amt antrat, ist der österreichische Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz (SPÖ) zurückgetreten. Österreich und die internationale Öffentlichkeit wurden von dieser Entscheidung überrascht. Auch wir.

Es zeugt von der Größe und dem Verantwortungsbewußtsein des SPÖ-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Dr. Fred Sinowatz, daß er aus der Wahlniederlage als erster und persönlich die Konsequenzen zog.

Sinowatz übernahm damit die politische Verantwortung für das Scheitern des SPÖ-Kandidaten Dr. Steyrer bei der Bundespräsidentenwahl.

Sinowatz hatte es als Nachfolger von Dr. Bruno Kreisky nicht leicht. Er trat ein schwieriges Erbe an. Die von ihm geführte SPÖ/FPÖ-Koalitionsregierung wurde wiederholt arg gebeutelt. Der letzte Fall, der erstaunlicherweise voll zu Lasten der SPÖ ging, war die Krise beim Linzer Voest-Konzern.

Sinowatz war amtsmüde. Dieser ehrliche und hochanständige Politiker, der in der SPÖ eine Integrationsfigur ist, wollte offensichtlich nicht mehr die Bürde für eine in den letzten Jahren glücklose Politik tragen. Es hat ihn schmerzhaft berührt, daß der SPÖ die Wähler weg liefen.

Selbstkritisch und verantwortungsbewußt stellte er sein Regierungsamt zur Verfügung, um seiner Partei die Chance einzuräumen, im kommenden Jahr die Nationalratswahlen zu gewinnen und weiter die Regierungsverantwortung zu tragen.



Dr. Sinowatz machte durch seinen Rücktritt den Weg frei für eine personelle Alternative. Er und die SPÖ schlugen als neuen Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky vor.

Der nächste Bundeskanzler ist seit zwei Jahren Finanzminister im Kabinett Sinowatz. Er gilt als selbstbewußter, zielstrebig und konsequenter Fachmann, der seine Qualifikation vor allem noch in der Außenpolitik unter Beweis stellen muß.

Dr. Vranitzky wird schon längere Zeit als Favorit der SPÖ genannt. Er soll das angeschlagene Image der SPÖ aufpolieren. Er soll verlorengegangene Stammwähler zurückgewinnen. Er soll der neue Hoffnungsträger der SPÖ sein, der mit einer umgebildeten Mannschaft die politische Wende der Republik Österreich verhindern soll. Das Zeug dazu hat er.

Wir deutschen Sozialdemokraten danken unserem Freund Fred Sinowatz. Er hat im Stillen gewirkt. Spektakuläre Aktionen waren ihm zuwider.

Große Erfolge blieben ihm versagt. Er ist Europäer und ein Freund unseres Landes. Sicher wird ihm aber noch bestätigt werden, daß er ein guter Bundeskanzler war, der nie nach diesem Amt gestrebt hat.

Unseren politischen Freunden in Österreich und dem designierten Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky wünschen wir, daß sie die nächsten Monate nutzen, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Nach einer Bundespräsidentenwahl, die für Österreich noch viele Probleme bringen wird, sollte diesem Land eine politische Wende nach rückwärts erspart bleiben. (-/10.6.1986/rs/ks)

* * *



Wie man in Bayern mit Petitionen umgeht

Wer sich bei Strauß beschwert, kommt schneller dran

Von Sepp Klasen MdL
Vorsitzender des Petitionsausschusses des bayerischen Landtages

Wer sich mit Hilfeersuchen oder Beschwerden an den bayerischen Ministerpräsidenten wendet, kommt schneller zum Zuge als wenn er sich beispielsweise an den eigentlich dafür zuständigen Petitionsausschuß des bayerischen Landtages wendet. So liefert beispielsweise das Innenministerium prompt die Stellungnahmen zu Petitionen an Strauß, während der Landtag derzeit auf mehr als 100 überfällige Stellungnahmen aus dem Innenressort wartet. Im März 1986 zeigte eine erschreckende Bilanz, daß das Innenministerium seit 1983 mit einer, seit 1984 mit elf und seit 1985 mit 84 Stellungnahmen trotz mehrfacher Anmahnungen im Verzug ist.

Dieses Verfahren ist auf keinen Fall hinnehmbar. Dies ist eine Mißachtung des Parlaments und eine Brückierung des hilfesuschenden Bürgers! Die lange Verfahrensdauer bei der Behandlung von Petitionen im Landtag wird oft dem Parlament angelastet. Sehr häufig liegt es aber an den ungewöhnlich langen Zeitspannen, bis die Stellungnahme der Staatsregierung vorliegen.

Von Ministerialbeamten wurden die Mitglieder des Petitionsausschusses oft darauf hingewiesen, daß die Ministerien vorrangig Strauß-Petitionen zu bearbeiten haben. Dem hatte der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Gerold Tandler, in der letzten Plenarsitzung energisch widersprochen. Tandler wörtlich: „... in der Staatskanzlei bestehe eine Anweisung, daß Petitionen an den Herrn Ministerpräsidenten vorrangig vor Petitionen an den bayerischen Landtag behandelt werden müßten. Ich habe mich erkundigt, eine solche Anweisung existiert nicht.“

So genau kann sich Herr Tandler offenbar doch nicht erkundigt haben. Mir liegt nämlich ein „Merkblatt für Berichte zu Eingaben“ des bayerischen Innenministeriums vor. Darin ist wörtlich festgehalten:

„Insbesondere bei Eingaben an den Herrn Ministerpräsidenten muß auf eine größtmögliche Beschleunigung geachtet werden. Der Herr Ministerpräsident erwartet, daß Eingaben an ihn innerhalb von vier Wochen gegenüber der Staatskanzlei beantwortet werden. Diese kurze Frist kann unter Berücksichtigung der Postlaufzeiten nur eingehalten werden, wenn die Eingaben sofort auf den Tisch des Sachbearbeiters gelangen und dort auch sofort bearbeitet werden.“

Der bayerische Landtag kann dann schauen, wo er mit seinen Petitionen bleibt. Bei ihm gilt eine Acht-Wochen-Frist, die sehr oft nicht eingehalten wird. Mein Fraktionskollege Dr. Peter-Paul Gantzer, ebenfalls Mitglied im Petitionsausschuß, hat sich deshalb schon an Landtagspräsident Dr. Franz Heubl gewandt: „Ich halte dieses Verhalten des Ministerpräsidenten beziehungsweise seiner Staatskanzlei für nicht adäquat und angemessen gegenüber dem bayerischen Landtag und bitte Sie daher, dieses Thema nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern zumindest darum besorgt zu sein, daß alle Petitionen gleich behandelt werden.“

(-/10.6.1986/rs/ks)

* * *



Zum Tode von Elisabeth Selbert

Als eine der „Mütter des Grundgesetzes“ setzte sie den Gleichberechtigungs-Artikel durch

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Ihr hat die Bundesrepublik zu verdanken, daß in das am 23. Mai 1949 verabschiedete Grundgesetz der Artikel 3 Absatz 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ aufgenommen wurde. Sie war diejenige unter den „Müttern des Grundgesetzes“, die rechtzeitig erkannte, daß das „alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ des 1. Absatzes nicht ausreicht, um die Gleichberechtigung der Frau wirklich sicherzustellen. Die bis heute fortbestehenden Benachteiligungen für Frauen geben ihr noch immer Recht.

Alle unseren späteren Aktivitäten, vom Kampf für die Reform des Paragraphen 218 über die Forderung nach tatsächlicher Durchsetzung des Rechts auf Erwerbsarbeit bis hin zu unserem Einsatz für die Gleichstellung von Frauen und Männern in den Parlamenten und der Partei, stützten sich auf die erfolgreiche Arbeit von Elisabeth Selbert. Ihre Beharrlichkeit und Ausdauer war vorbildlich.

Elisabeth Selbert wäre im September dieses Jahres 90 Jahre alt geworden. Zur Erinnerung an diese außergewöhnliche Frau will die SPD noch in diesem Jahr eine große Anhörung veranstalten, von der wir uns praktikable Vorschläge zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern bei allen Wahlen zum Bundestag, den Landtagen und Kommunalparlamenten erwarten.

In Elisabeth Selberts Lebensweg spiegeln sich alle wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen des Jahrhunderts wider. Schon früh erwachte ihr Interesse an der Politik. 1918, als 22-Jährige, trat sie der Sozialdemokratischen Partei bei. Von Anfang an galt ein großer Teil ihres politischen Wirkens der Verwirklichung gleicher Chancen für die Unterdrückten und Benachteiligten, insbesondere für die Frauen.

In einer Zeit, in der traditionelle Rollenvorstellungen und Vorurteile gegenüber berufstätigen und politisch engagierten Frauen weit stärker verbreitet waren als heute, gelang es ihr als Ehe- und Familienfrau - sie war Mutter von zwei Söhnen - ihr Abitur nachzuholen und ein Jura-Studium erfolgreich abzuschließen. In ihrer Dissertation befaßte sie sich mit der Ehezerüttung als Scheidungsgrund.

Wie fortschrittlich sie auch in ihrem Beruf als Juristin war, wissen wir heute nur zu gut. Denn erst die Ehe- und Familienrechtsreform der sozial-liberalen Koalition ersetzte 40 Jahre später das Schuldprinzip im Scheidungsfolgenrecht durch das Zerrüttungsprinzip. Die konservative Wende hat diese Reform zum Teil wieder rückgängig gemacht.

Elisabeth Selbert war ihrer Zeit immer ein Stück voraus. Im parlamentarischen Rat setzte sie sich auch dafür ein, uneheliche den ehelichen Kindern gleichzustellen. Dieser Auftrag des Grundgesetzes wurde erst 20 Jahre später in geltendes Recht umgewandelt.

Aus ihrer Tätigkeit als Rechtsanwältin wußte Elisabeth Selbert, wo die Frauen der Schuh drückt. Sie hatte häufig mit Scheidungsfällen zu tun und verstand es, die praktischen Auswirkungen von Rechtssetzung und -anwendung in ihrer politischen Arbeit im Parlamentarischen Rat und später im hessischen Landtag zum Vorteil der Betroffenen zu verwerten. Dem SPD-Parteivorstand gehörte sie von 1945 bis 1958 an. Bis ins hohe Alter war sie als Rechtsanwältin in ihrer großen Kasseler Kanzlei tätig.

Elisabeth Selbert wußte, daß der Gleichberechtigungsgrundsatz zwar eine wichtige Grundlage, aber auch erst ein Beginn war. Sie forderte die Frauen auf, für die Veränderung ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit zu kämpfen. Die von ihr durchgesetzte Formulierung im Grundgesetz, so hat sie selbst einmal gesagt, sei nie wieder aus der Verfassung rauszukriegen - nie wieder.

Wir werden sie nicht vergessen.

(-/10.6.1986/rs/ks)

